

Landtag Mecklenburg-Vorpommern
8. Wahlperiode
Sozialausschuss

Schwerin, 14. Januar 2026

Telefon: 0385 525 1590
Fax: 0385 525 1595
E-Mail: sozialausschuss@landtag-mv.de

MITTEILUNG

Die 115. Sitzung des Ausschusses für Soziales, Gesundheit und Sport
(9. Ausschuss)
findet am Mittwoch, den 21. Januar 2026, 15:30 Uhr
in Schwerin, Schloss, Demmler-Saal als **hybride Sitzung** statt.

EINZIGER PUNKT DER TAGESORDNUNG

Öffentliche Anhörung zum

Gesetzentwurf der Landesregierung
**Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Heilberufsgesetzes
Mecklenburg-Vorpommern und weiteren Gesundheitsrechts**
- Drucksache 8/5404 -

hierzu: ADrs. 8/1024(neu), 8/1027, 8/1029 bis 8/1033

Christine Klingohr
stellv. Vorsitzende

Sachverständigenkatalog

zur Anhörung des Sozialausschusses

Beratung des Gesetzentwurfes der Landesregierung
**Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Heilberufsgesetzes Mecklenburg-
Vorpommern und weiteren Gesundheitsrechts**

- Drucksache 8/5404 -

Anzuhörende:

1. Landkreistag Mecklenburg-Vorpommern e. V.
2. Städte- und Gemeindetag Mecklenburg-Vorpommern e. V.
3. Landessenorenbeirat Mecklenburg-Vorpommern e. V.
4. Hausärztinnen- und Hausärzteverband Mecklenburg-Vorpommern e. V.
5. Verband der Ärzte im Öffentlichen Gesundheitsdienst des Landes Mecklenburg-
Vorpommern e. V.
6. Krankenhausgesellschaft Mecklenburg-Vorpommern e. V.
7. Arbeitsgemeinschaft in Mecklenburg-Vorpommern tätiger Notärzte e.V.
8. Landeshauptstadt Schwerin - Rettungsdienst Schwerin - Ärztliche Leitung
9. Universitätsmedizin Rostock
10. Universitätsmedizin Greifswald
11. Kassenärztliche Vereinigung Mecklenburg-Vorpommern
12. Landestierärztekammer Mecklenburg-Vorpommern
13. Ärztekammer Mecklenburg-Vorpommern
14. Apothekerkammer Mecklenburg-Vorpommern
15. Zahnärztekammer Mecklenburg-Vorpommern

Fragenkatalog

Allgemein

1. Wie bewerten Sie den Gesetzentwurf grundsätzlich?
2. Welche konkreten Handlungsbedarfe sehen Sie?
3. Welche konkreten Änderungsvorschläge haben Sie für den Gesetzentwurf?
4. Entfaltet das Gesetz nach Ihrer Einschätzung spürbare Verbesserungen für Patientinnen und Patienten – oder handelt es sich eher um verwaltungsinterne Optimierungen?
5. Welche Regelungsbereiche sind aus Ihrer Sicht unzureichend oder unklar formuliert?
6. Sehen Sie Verbesserungsbedarf bei Übergangsregelungen, Praxisreife oder Vollzugsfähigkeit?
7. Wie bewerten Sie den Gesetzentwurf in Bezug auf seine Zielsetzung und welche konkreten Änderungsbedarfe sehen Sie bei diesem sowie in Bezug auf bundesrechtliche Regelungen?

Datenverarbeitung / Datenschutz

8. Wie beurteilen Sie die umfangreiche Auskunftspflicht der Kammermitglieder im Hinblick auf Datenschutz und informationelle Selbstbestimmung?
9. Ist die Regelung, dass Kammern Patientenakten in Obhut nehmen können, zweckmäßig und praktikabel – insbesondere im Hinblick auf Haftungsfragen und Datenschutz?

Ehrenamtlichkeit, Vergütung und Governance

10. Welche Folgen hat der Anspruch auf Freistellung für ehrenamtliche Tätigkeiten für Arbeitgeber und Versorgungseinrichtungen?
11. Ist die Neuregelung zur Ehrenamtlichkeit geeignet, um die Funktionsfähigkeit der Kammergremien zu sichern – oder drohen Interessenkonflikte oder Überlastungen ehrenamtlicher Strukturen?

Weiterbildung / Universitätsmedizin / Verbundmodelle

12. Wie realistisch ist es, dass die geplanten Weiterbildungsverbände in der Praxis funktionieren – insbesondere unter den Bedingungen der Krankenhausreform?

Interkollegialer Austausch bei Kindeswohlgefährdungen

13. Ist die vorgeschlagene Regelung zum „mündlichen interkollegialen Austausch“ bei Kindeswohlgefährdung sinnvoll – oder riskant im Hinblick auf Schweigepflicht, Dokumentation und Nachvollziehbarkeit?
14. Fehlen flankierende Schutzmechanismen oder Beteiligungsregeln für Jugendämter?

Änderungen im Bestattungsgesetz

15. Wie bewerten Sie die Möglichkeit für Notärztinnen/Notärzte im Rettungsdienst, vollständig eine Leichenschau vorzunehmen? Bestehen Risiken für Beweissicherung, Arbeitsbelastung oder Rechtssicherheit?

Änderungen im Infektionsschutzausführungsgesetz (IfSAG M-V)

16. Bewerten Sie die Zentralisierung der Wasserüberwachung beim LAGuS als sinnvoll oder als Schwächung kommunaler Gesundheitsämter?

Änderungen im Rettungsdienstgesetz (Werkrettungsdienst)

17. Wie beurteilen Sie die geplante gesetzliche Einführung des Werkrettungsdienstes – stärkt oder schwächt sie das öffentliche Rettungssystem?
18. Können unterschiedliche Qualitätsstandards zwischen öffentlichem Rettungsdienst und Werkrettungsdiensten entstehen?
19. Besteht die Gefahr einer faktischen Privatisierung von Teilbereichen des Rettungsdienstes?

Finanzielle, organisatorische und praktische Auswirkungen

20. Teilen Sie die gesetzgeberische Annahme „keine finanziellen Auswirkungen“ – oder erwarten Sie Mehrbelastungen für Kammern, Arbeitgeber, Rettungsdienste oder Kommunen?
21. Sind die angekündigten Entbürokratisierungswirkungen realistisch oder entstehen neue Berichtspflichten und Verwaltungswege?